II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 68 | 28. November 1919 | ו' כסלו תר"ף | Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Die zion. Jahreskonferenz in Basel.

(Für einen Teil der Auflage wiederholt.)

Während der Drucklegung unserer letzten Nummer traf aus Paris die telegraphische Meldung ein, dass tatsächlich, wie die „Jüdische Presszentrale Zürich" bereits in No. 60 vom 8. Oktober berichtet hatte, die zion. Jahreskonferenz in der Schweiz, u. zw. in *Basel* stattfinden wird.

Diese Konferenz, der sog. kleine Kongress, wird vom *18. bis 23. Januar 1920* tagen und sich hauptsächlich mit der Frage des Friedensvertrages mit der Türkei und den Beziehungen zwischen Palästina und England resp. dem Völkerbund wie auch mit der Frage des Wiederaufbaues von Palästina zu beschäftigen haben. Seit 1913 wird dies der erste kleine zion. Kongress sein, an dem wahrscheinlich Vertreter aller Länder sich beteiligen werden. Nach dem Londoner jüd. Bureau besteht die Möglichkeit, dass gelegentlich der Konferenz auch Veränderungen in der Zusammensetzung des Aktionskomitees vorgenommen werden.

Die Wiener Flüchtlingsfrage.

Dr. *Leon Reich*, Präsident des Jüd. Nationalrates für Ostgalizien, weilte auf seiner Rückreise nach Paris, wohin er dringend berufen wurde, um an wichtigen Arbeiten des Komitees der Jüd. Delegationen teilzunehmen, einige Stunden in Zürich, wobei er freundlichst der „Jüdischen Presszentrale Zürich" über die traurige Wendung, die die Frage der Ausweisung der Flüchtlinge aus Wien in den letzten Tagen genommen hat, folgende Mitteilungen machte:

Seit einiger Zeit lebt die jüd. Bevölkerung in Wien in einer unaufhörlichen Panik. Der Kohlen- und Nahrungsmittelmangel, der die Erbitterung der gesamten Wiener Bevölkerung hervorruft, nimmt letzten Endes die Wendung, dass der Jude, insbesondere der aus Galizien mit dem Kriegsausbruch eingewanderte Jude, der Sündenbock der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft werden soll. Herr *Renner* und seine Regierungsgenossen möchten ihre Position dadurch erhalten, dass sie die Aufregung der Wiener gegen die Juden aus Galizien ablenken und gegen die eingegangenen Verpflichtungen nach dem schärfsten Mittel greifen, dessen sie sich gegen die Juden bedienen können: dem Mittel der Ausweisung. Ich sage: „gegen die eingegangenen Verpflichtungen", da bekanntlich nach der seinerzeitigen Androhung der Ausweisung, über Intervention des Abg. *Stricker* demselben die Zusicherung gegeben wurde, dass es zur Durchführung der rücksichtslosen Massregeln nicht kommen, sondern dass schlimmstenfalls eine Perlustrierung der Flüchtlinge stattfinden wird.

Nun scheinen aber die Elemente, die jeden Sonntag den Studenten-Rummel am Franz Josefs Kai inspirieren, die Oberhand gewonnen zu haben und es vergeht seit den letzten 4 Wochen kein Tag, wo nicht eine Anzahl von Juden einen Ausweisungsbefehl bekommen würde. Es handelt sich hier — uns Jüdisch-Nationalen wenigstens — nicht um die jüdischen Schieber und Preistreiber, die wir insgesamt mit den nichtjüdischen Schiebern und Preistreibern verdammen. Aber es handelt sich uns um die Tausende von arbeitsamen, ehrlichen und braven jüd. Einwohnern, die die schwersten Greuel des Krieges über sich ergehen liessen, in der Hoffnung, dass es ihnen gelingen wird, nach 5-jährigem schweren Leiden doch ruhig ihrer Existenz nachzugehen. Die „demokratische" Regierung der Republik Oesterreich bringt nun diese Menge von fleissigen arbeitenden Juden um ihre letzte Hoffnung. Laut der erwähnten Ausweisungs-Androhung stand jedem der in Betracht Kommenden das Recht zu, eine Eingabe an die Wiener Polizei-Direktion mit Begründung seiner Aufenthalts-Notwendigkeit in Wien, zu überreichen. Es hatte den Anschein, dass es allerdings um diese Eingaben ernst gemeint ist und dass man nicht des Sportes wegen, derartige Einsprüche wird überreichen lassen. Wie es jedoch scheint, war es den Herren nur darum zu tun, Erwartungen zu wecken, um dann umso grössere Enttäuschungen zu bereiten. Aus den Ausweisungsbefehlen, die bereits auf gedruckten Blanquetten ausgestellt sind und nur durch das bezügliche Datum ergänzt werden, ist leicht zu ersehen, dass die massgebenden Faktoren die Eingaben nicht nur nicht studiert, sondern nicht einmal durchgeschaut haben. Kurz und bündig lautet es hier:

„Ihrem Ansuchen um Bewilligung zum Aufenthalte in Wien wird keine Folge gegeben. Sie haben demnach das österreichische Staatsgebiet bei Vermeidung der gesetzlichen Folgen bis . . . zu verlassen".

Und doch handelt es sich hier in diesen lakonischen Dekreten um Tausende von Existenzen, die plötzlich total zugrunde gerichtet werden. Unter den Ausgewiesenen sind Leute, denen es gelungen ist, im Laufe von Jahren und nach mühseliger Arbeit sich einen halbwegs annehmbaren Lebensunterhalt zu schaffen, wie Bankbeamte, Lehrer, usw., aber auch um unzählige Arbeiter, die sei es selbständig, sei es als Hilfskräfte sich ihr Brot verdienen. Ein Buchdruckereibesitzer wird ausgewiesen, durch dessen Verjagung auch 40 bei ihm beschäftigte Arbeiter plötzlich brotlos werden,

oder Privatbeamte, die jahrelang mit dem Hunger gerungen haben um endlich irgendwo angestellt zu werden. Eltern, die ihre Kinder in die Wiener Schulen geschickt haben, werden plötzlich gezwungen, den Kindern eine ganz neue Erziehung zuteil werden zu lassen und inmitten des Semesters, mangels der Möglichkeit einer Aufnahme in anderen Schulen, sie dem Müssiggange und was daraus folgt, dem Verbrechertum preiszugeben.

All dies will die österreichische Regierung damit entschuldigen, daß Wien unter dem Druck der Not leide. Nun muß aber hervorgehoben werden, daß die 40.000 Flüchtlinge angesichts der 2½ Millionen zählenden Bevölkerung der Stadt Wien bezw. der 6 Millionenbevölkerung Oesterreichs wirklich nicht mehr in Betracht kommen, dies umso weniger, als, wie wir uns überzeugt haben, ungefähr 6 jüd. Seelen in einem Zimmer darben, was die Wohnungsnot beispielsweise sicherlich wenig beeinflußt. Wie dem aber auch sei, die jüd. Bevölkerung in Wien ist fest entschlossen, sich gegen diesen kardinalen Rechtsbruch und gegen den Bruch des kaum trocken gewordenen Friedensvertrages mit allen Mitteln zu wehren. Wenn man bei einer „fortschrittichern" Regierung mit Argumenten der Menschlichkeit nichts ausrichten kann, so bleibt nichts anderes übrig, als auf dem Standpunkt der Paragraphen sein Recht zu suchen. Die Maßregeln der Herren Dr. Renner und Landeshauptmann Sever sind ein akuter Verstoß gegen die Artikel 228 und 229 des österr. Friedensvertrages, wonach erstens die Ausländer, Staatsbürger der alliierten und assoziierten Staaten, nicht schlechter gestellt und behandelt werden dürfen, als die Anderen — und wonach — zweitens die Ausländer, die Staatsangehörige der alliierten und assoziierten Mächte sind, in ihren primitivsten Freiheitsrechten, wie Ausübung von Handel und Gewerbe, freie Ansiedlung und Wohnung nicht eingeschränkt werden dürfen. Wohl bezieht sich der Ausweisungsbefehl im Wortlaute nicht nur auf Juden allein, aber tatsächlich sind es *nur und ausschliesslich Juden,* die von den Härten der Ausweisungen betroffen werden. Nun sind aber diese Juden Staatsangehörige Polens, also eines „alliierten und assoziierten Staates", der die seinen Bürgern zugefügte Unbilden nicht passiv hinnehmen dürfte und glücklicherweise existiert noch in der internationalen Politik eine höhere Instanz als der österr. Staatskanzler, die auch die Juden hoffentlich gegen eine willkürliche Verletzung des Friedensvertrages in Schutz nehmen wird.

Wir erleben zum ersten Mal — abgesehen von den seinerzeitigen Beispielen in Rußland und Rumänien —, den Fall genereller Ausweisungen, die plötzlich gegen Tausende gerichtet werden. Auch das österr. alte Staatsgesetz, das ja immer noch im heutigen Oesterreich verpflichtend ist, kennt nur spezielle Ausweisungen, die im Gesetze — bei einer Verurteilung kann als Strafverschärfung die Ausweisung angeordnet werden, — ihre Begründung finden. Aber die neue Methode von Massenausweisungen aus Gründen der politischen Taktik, sind wohl das modernste Muster eines „demokratischen" Regimes, gegen das ebenso die Betroffenen als auch die ganze zivilisierte Menschheit und vor allem die Lenker der Diplomatie der Jetztzeit sich zur Wehr setzen müssen, insofern nicht noch im letzten Moment die bessere Einsicht in Oesterreich Platz greift. Daß das doch bald erfolgen möge, wollen wir im Vertrauen auf den Sieg der Humanität und an die österreichische Staatsraison wünschen und hoffen.

Vom „Waad-Haarazoth".

Herr Dr. Markus Krämer, welcher nach einer mehrwöchentlichen Teilnahme an den Arbeiten der jüd. Delegationen in Paris auf seiner Reise nach Ost-Europa Zürich passierte, hatte die Freundlichkeit, der „Jüdischen Presszentrale Zürich" über den „Waad-Haarazoth" (Rat der Jüd. Delegationen) nachstehende Einzelheiten zu geben:

Noch ehe wir Paris erreichten, war es uns klar, daß die Konferenz der jüd. Nationalräte eine dauernde Institution zwecks Durchführung ihrer Beschlüsse und Fortführung der jüd. Vertretung schaffen müsse. Deshalb hat die Bukowinaer Delegation schon bei den Vorkonferenzen, die im Osten und nachher in der Schweiz stattfanden, diesbezügliche Anträge gestellt. Das Pariser Komitee hat nach längeren Beratungen im Sept. definitive Beschlüsse gefasst und das Statut des „Waad-Haarazoth" festgelegt, welches demnächst zur Veröffentlichung gelangt. Das Komitee wird auf Grund seiner Vollmachten die Arbeit bis zum Abschlusse der Friedenskonferenz fortsetzen. Diese beziehen sich nicht nur auf die Minderheitsrechte, sondern auch auf die Angelegenheiten der Pogrome und des Hilfswerkes. Nach Abschluss der Friedenskonferenz soll der „Waad Haarazoth" am Sitz des Völkerbundes die Geschäfte übernehmen. Wir sind uns der inneren und äußeren Schwierigkeiten wohl bewußt. Die Organisation wird aber schon jetzt in Angriff genommen und die Judenheit wird Gelegenheit haben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es ist überflüssig zu betonen, daß die Autonomie der Juden in Fragen der Landespolitik unberührt bleibt. Dem „Waad" obliegt nur die Durchführung der Aufgaben, die über den Rahmen der Tätigkeit in den einzelnen Ländern hinausgehen, insbesondere die Vertretung bei der League of Nations. Die Notwendigkeit eines zentralen Organes zwecks Verteidigung der jüd. Interessen, Koordinierung der Hilfstätigkeit und Regelung der jüd. Wanderung haben gerade die Erfahrungen des letzten Jahres zur Genüge ergeben. Wir erwarten, daß auch die Westjuden, besonders die amerikanischen, der Institution beistehen werden, trotzdem es sich nicht um den Schutz ihrer Interessen, sondern um ihre Unterstützung für unsere Forderungen handelt. Der „Waad" soll im Spätsommer 1920 sich konstituieren. Bis dahin soll nach Abschluß der Friedenskonferenz ein provisorisches Exekutivkomitee seine Geschäfte führen. Dieses Komitee wird im Einvernehmen mit den einzelnen Ländern aus der Reihe der politischen und wirtschaftlichen Fachleute entnommen werden. Nach der Konstituierung wird der „Waad" die definitive Exekutive einsetzen. Aufgabe der Länder ist es nun, die wohlberechtigten Organe (Landeskongresse, Zentralorgane der jüd. Selbstverwaltung) in nächster Zeit zu organisieren. Da jedes Land mit mindestens 5000 Juden das Recht auf einen Vertreter hat, wird selbstverständlich auch die Schweizer Judenschaft einen Delegierten in den „Waad" entsenden können. Die bewußte Judenheit wird sicher ihre Stimme für den „Waad" abgeben und nicht gewillt sein, durch den etwaigen Widerspruch volksfremder Elemente sich in den Maßnahmen behufs Verwirklichung ihrer Rechte beirren zu lassen.

Eine Lanze für die Wahrheit.

Dr. A. Charasch ersucht uns um die Veröffentlichung nachfolgender Zeilen. Wir geben den beachtenswerten Ausführungen dieses bekannten Publizisten und gründlichen Kenners der russischen Verhältnisse gerne Raum, ohne daß es uns möglich wäre, redaktionell festzustellen, ob bei dieser, von der gesamten ostjüdischen Tagespresse wiedergegebenen Meldung, während der Uebermittlung tatsächlich eine Personenverwechslung vorgekommen ist.

Die „Jüdische Presszentrale Zürich" brachte in ihrer Nr. 66 einen dem „Kijewskoje Echo" entnommenen Bericht über eine in Kiew abgehaltene Konferenz von Vertretern jüdischer Vereinigungen, die einberufen wurde, um Stellung zu den jüngsten Pogromen zu nehmen. Jenem Zeitungsbericht zufolge hätte während der Tagung Advokat *Ratner* gegen Boris *Sawinkow* die schwere Anklage der Mitschuld, ja, der Hauptschuld an den antijüdischen Krawallen erhoben, die sich in letzter Zeit im Süden Rußlands, im Armeebereich Denikins zugetragen haben.

Ich stehe nicht an, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß hier offenbar ein Irrtum, eine Namensverwechslung, bezw. Namensverstümmelung vorliegt, die bei dem langen Umweg, den die Berichterstattung nehmen muß, um ins Ausland zu gelangen, leicht vorkommen konnte und tatsächlich sehr oft schon vorgekommen ist. Auch kenne ich die Verhältnisse und die agierenden Persönlichkeiten nur zu gut, um überdies zu vermuten, von wem auf jener Kiewer Beratung in Wirklichkeit die Rede sein konnte. Und vor allem: der Ankläger selbst ist gewiss sehr ernst zu nehmen, und nichts läge mir ferner, als die Zuverlässigkeit seiner Beschuldigungen etwa anzweifeln zu wollen. Ich kenne Herrn Simeon Ratner seit Jahren persönlich, und ich weiß seine Wirksamkeit als Anwalt und Politiker zu schätzen, als welcher er sich einen wohlklingenden Namen in ganz Südrußland, namentlich aber in der ukrainischen Hauptstadt und besonders im jüdischen öffentlichen Leben machte. Zu erwähnen wäre vielleicht nur noch, daß Ratner, wäre er tatsächlich gegen Sawinkow aufgetreten, sich gegen einen Parteigenossen gewendet haben würde, da er, ähnlich wie sein verblichener älterer Bruder, der bekannte Rechtsanwalt und jüdischer Publizist und Politiker, *Mark Ratner*, der Partei der Sozialisten-Revolutionäre angehört. Immerhin würde dieser Umstand den als Mensch und Jude sittlich hochstehenden Simeon Ratner nicht nur nicht hindern, sondern geradezu bewegen, eine des Prangers würdige Schandtat an den Pranger zu stellen.

Nun, zum angeblich Angeklagten. Ich glaube hier vorausschicken zu sollen, daß ich die Politik, die *Sawinkow* heute betreibt, ablehne und mich noch jüngst veranlaßt gesehen habe sie in einer russischen Zeitung des entschiedensten zu verurteilen. Gewiß unterliegt Sawinkow Schwankungen, nur wird man ihm doch wohl gerechter, wenn man in ihm den unruhigen Geist, den großen Frager und Sucher sieht. Sawinkow war einst in seiner Partei die Seele der terroristischen Organisation, die manchen wütenden Diener des Zaren zu Boden streckte, um später sich als großer Künstler (unter dem Namen *Ropschin*) zu offenbaren, dessen „Als ob es nicht gewesen wäre" und „Das pfahle Roß" die — Negation des Terrors sind. Nach der Revolution zur aktiven Politik zurückgekehrt, endet er nun als Vertreter Koltschaks in der sog. politischen Beratung in Paris, für dessen Regiment er vorbehaltlos eintritt, mit ebenso großem Eifer, wie er unlängst eine militärische Intervention der Entente in Rußland befürwortet hatte. Aber wie man sich zur Unstetigkeit Sawinkows auch stellen mag, er war und bleibt eine Persönlichkeit (vielleicht, wie so oft unter den russischen Intellektuellen, von Zweifeln zerrissen), *auf alle Fälle unfähig, sich zur schwarzen Pogrom-Kohorte zu schlagen.* Eine teilweise Widerlegung des Berichtes des „Kijewskoje Echo" enthält eigentlich jener Bericht selbst. Ihm zufolge soll Ratner in seiner Anklagerede erklärt haben, daß solange Sawinkow Chef des Propaganda-Departements der Regierung Denikins bleibe, die Pogrome nicht aufhören würden. Wohl fügt jene Meldung in diesem Zusammenhang dem Namen Sawinkows auch seinen richtigen Vornamen bei; auch die Angabe über seine frühere Stellung — Verweser des Kriegsministeriums im Kabinett Kerensky — trifft zu. Und trotzdem komme ich um meine Zweifel nicht herum. Sawinkow nämlich lebt in Paris (eben als einer der Vertreter Koltschaks), woselbst er, *wie ich es ganz bestimmt weiss,* sich noch letzte Woche aufgehalten hat. Nun dürfte es aber jedermann einleuchten, dass man eine Propagandastelle, *für die Truppen Denikins bestimmt,* nicht von . . . Paris leiten kann. Auch dies mit ein Beweis, wenn es in dieser Beziehung inbezug auf Sawinkow eines Beweises überhaupt noch bedürfte.

Wen konnte also Advokat Ratner doch gemeint haben? Ich gehe kaum fehl, wenn ich als den Angeklagten *Alexander Sawenko* bezeichne. Auch ihm begegnete ich während meiner Kiewer Jahre, ich konnte diese verkörperte Charakterlosigkeit von allernächster Nähe beobachten, sodaß ich in der Lage bin, meine Vermutung aufzustellen und, bis ein überzeugender Beweis des Gegenteils vorliegt, auch aufrechtzuhalten. Ein Zögling *Pichnos* und des rechtsstehenden „Kijewljanin" erlangte Sawenko, durch die Zeitung und dank ihr, einen zu seinem mehr denn bescheidenen journalistischen Talent in krassem Mißverhältnis stehenden Ruf. Er spielte eine gewisse (politische) Rolle auch während des Beilisprozesses, dem gegenüber der alte Pichno und der reaktionäre aber sehr begabte *Schulgin,* Chefredakteur des „Kijewljanin", zu aller Erstaunen *eine scharf ablehnende Haltung* eingenommen haben. Von der Rechten in die vierte Duma entsandt, ist Sawenko in der Folge seiner Partei untreu geworden und ging sehr oft während des Krieges mit der liberalen Opposition einig, bis der Zar die Duma und unmittelbar darauf die Revolution den Zaren selbst samt Duma „auflöste". Heute, da die Reaktion einhermarschiert und auch der Sawenko überragende Schulgin (der den Herrscher zur Abdankung zwang) im „Kijewljanin" neuerdings in Antisemitismus macht, wird der bewährte Werwolf Sewenko natürlich die alten Saiten aufgezogen haben, und er ist nachgerade der rechte Mann am rechten Platz als Trommler für Judenpogrome, für welche die verhetzte Soldateska unschwer zu gewinnen ist.

Sawenko und nicht *Sawinkow,* — man tut gut, sich das zu merken. Die „Jüdische Presszentrale Zürich" ist zu einem gut ausgebauten Informationsorgan unserer Oeffentlichkeit herangewachsen, sie erfreut sich einer weiten Verbreitung, ihre Meldungen werden in Dutzenden von Blättern in verschiedenen Ländern und in vielen Sprachen abgedruckt. Wir sind es gerade deshalb dem Mann, wir sind es der Wahrheit schuldig, die grässliche Anklage, mit jüdischem Blut beflekt zu sein, auf dem alten Revolutionär Sawinkow nicht sitzen zu lassen.

Dr. A. Charasch.

Der Frieden mit der Türkei.

Die „Chicago Tribune“ meldet daß der Friede mit der Türkei wahrscheinlich im Februar 1920 abgeschlossen werden wird.

Chronik.

Russland.

Die russische Verfassung.

Der Pariser A. Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet auf die Anfrage der J. P. Z. inwieweit der in engl. Blättern veröffentlichte Verfassungsentwurf der Regierung Koltschak-Denikin authentisch sei, (s. J.P.Z. No 63) daß bereits andere Entwürfe in Bearbeitung sind, die jedoch ebensowenig wie der erste den Bedürfnissen der Juden Rechnung tragen. Jüdisch-russische Kreise messen der ganzen Frage noch keine große Bedeutung bei, da sie der Ueberzeugung sind, daß auch das künftige Rußland bei Ausarbeitung konkreter Verfassungsentwürfe die Meinung der kompetenten jüd. Vertreter wird einholen müssen.

— In der „Prawda“ veröffentlicht Volkskommissär *Lunatscharsky* einen Artikel über den Zionismus, worin er auch die ihm seitens Dubnow vorgestellte Deputation erwähnt, die gegen die Verfolgung der zion. Bewegung in Russland interveniert hat. Lunatscharsky erklärt, es sei absurd den Zionismus zu verfolgen, der keine Partei, sondern eine starke geistige Bewegung sei. („Jüdische Morgenpost“)

— Es verlautet, daß an Stelle von *Lunatscharsky*, der angeblich nach Kostroma verbannt wurde, *Grünberg* zum Kommissär des Bildungswesens ernannt worden ist.

Ukraine.

Der neuerliche Pogrom in Kiew.

In Warschauer Zeitungen schildert ein soeben aus Kiew eingetroffener Reisender, den Mitte Okt. neuerlich in Kiew stattgefundenen Pogrom. Besonders gelitten haben die jüd. Bewohner der Straßen Marienskaja, Blagowieschtschenskaja und Kusnietschnaja. Beinahe alle jüd. Wohnungen wurden ausgeraubt und mehr als 400 Juden getötet. Unter den Toten befinden sich auch Dr. Naum *Feigin*, den die Kosaken getötet haben, als er den Verwundeten Hilfe bringen wollte, Julius *Schapowal* und Sohn und der bekannte Zuckerkönig *Hirsch Liebermann*. Der Pogrom dauerte drei Tage vom 18. bis 20. Okt., ohne daß die Behörden versucht hätten, den Pogrom einzudämmen. Schulgins „Kiewljanin“ hetzt unaufhörlich. Einem Teil der Juden gelang es, sich durch Geld loszukaufen. So bezahlte z. B. Dr. Ginsburg einer Gruppe Kosaken 40.000 Rubel, damit sie sein Haus an der Ecke der Blagowieschtschenskaja und Kusnietschnaja beschirmen, wodurch auch alle jüd. Einwohner dieses Hauses gerettet wurden.

— Denikin soll für die jüdischen Pogromopfer 10 Millionen Rubel bewilligt haben.

— In der Ukraine ist eine Fusion der zwei jüd. soz. Parteien „Bund“ und „Vereinigte“ zustandegegekommen. Die neue Partei nennt sich „Der vereinigte Bund“.

— In *Charkow* wurde das Statut eines neuen jüd. Bücherverlages namens „Sefer“ bestätigt.

Litauen.

Grodno. Vor seiner Abreise nach Palästina wurde hier zu Ehren des bekannten jüd. Dichters *L. Joffe* eine Abschiedsfeier veranstaltet.

— Dr. Nathan *Birnbaum*, Sekretär des Zentralbureaus der Agudas Jisroel in Zürich, weilt gegenwärtig auf einer Agitations-Tournee in Litauen. In Kowno hielt er zwei Vorträge „Wir Juden“ und „Bei Juden im Galuth“. „Ich werde Litauen nicht verlassen, rief Dr. Birnbaum aus, bis ich alle wieder fromm gemacht und dem litauischen Judentum seinen ehemaligen guten Namen wiedergegeben habe.“

Polen.

Verfolgung der jüdischen Pfadfinder.

Ein wahrer Kreuzzug gegen Kinder vollzieht sich gegenwärtig in Polen. Den Anfang machte noch im Jänner Lemberg mit der Sperrung des Lokals und der Verhaftung vieler Mitglieder, die allerdings dann freigelassen wurden. Anfangs Juli überfiel beim Durchmarsch durch den südöstlichen Winkel Galiziens die Division Zeligowskis, die aus Odessa nach Polen heimkehrte, die jüd. Pfadfinder, die in der Farm der „Ica“ in *Slobodka* arbeiteten, um sich für Palästina vorzubereiten — drei wurden auf der Stelle ohne jede Untersuchung niedergemacht, die meisten verwundet. Die Bilder dieser Kindermärtyrer sind in der ersten Nummer des „Haschomer“ Lemberg (Sept. 1919) zu sehen Am 30. Sept. fand gegen 13 jüd. Pfadfinder in Wadowice eine Verhandlung statt. Auf der Anklagebank saßen 15 — 16 jährige Bürschlein. Es wurde ihnen militärische Ziele vorgeworfen. Als Beweis diente der Bezug zion. Zeitschriften. Unlängst wurden in *Tarnopol* acht jüd. Pfadfinder wegen „politischer Gefährlichkeit“ eingesperrt. Aus der hebräischen Schule wurden dort die Bänke „requiriert“. In *Jaroslau, Tarnow, Czortkow* fanden in der letzten Zeit Verhaftungen jüd. Pfadfinder statt, die aber dann aufgehoben wurden. Traurig ist es, daß bei vielen dieser Bubenverfolgungen christliche Kollegen aus polnischen Pfadfinderorganisationen die Rolle von Angebern spielten, so nachgewiesenermaßen in Tarnow und Jaroslau. (Wr. Morgenztg.)

— Der Landmarschall erklärte einer jüd. Deputation die bei ihm in der Frage der Sonntagsruhe intervenierte, daß man sich dieserhalb nur an die Kommission, die diese Frage behandelt zu wenden habe. Privatim bemerkte er noch, es läge im besonderen Interesse der Juden, die Sonntagsruhe einzuhalten, da es sonst in Polen leicht zu Pogromen kommen könnte. Er gab auch den Juden den guten Rat, sie möchten, um ihren religiösen Vorschriften Genüge leisten zu können, eine hohe religiöse Autorität, wie es z. B. der Papst bei den Katholiken ist, einsetzen, die das Recht hätte, den Samstag auf den Sonntag zu verlegen. (!)

— Wie das „Judisze Folk“ berichtet, hat der Landmarschall den Empfang einer Delegation der „Szlome Emune Jisroel“ in der Frage der Sonntagsruhe abgelehnt. In der Kanzlei des Landmarschalls soll man einem Mitglied der „Szlome Emune Jisroel“ angedeutet haben, die Regierung habe eingesehen, dass auf die Vertreter der Agudah kein Verlaß sei, wegen der zweideutigen Haltung die sie in der poln.-jüd. Frage einnehmen, im besondere n deshalb, weil sie nicht eingestehen wollen, daß Rabb. Perlmutter in ihrem Auftrage

nach London gereist ist. *Daszynski* erklärte einer Delegation der Agudah, daß sie sich dieser Sache zu spät erinnert habe und er nicht mehr helfen könne. In orthodoxen Kreisen herrscht, wie erwähnte Zeitung weiter berichtet, große Aufregung über die Politiker der Agudah, die wie verlautet, wegen ihres Millionen-Preßfonds in der brennenden Frage der Sonntagsruhe den richtigen Augenblick versäumt haben.

— Der Verein der jüd. Kaufleute in Plozk beklagte sich in einem Telegramm an den Abg. Grünbaum, dass die jüd. Kaufleute am 8. November unter militärischer Assistenz gezwungen worden wären, am Samstag ihre Geschäfte zu öffnen, um die Arbeiten, die mit der Aufnahme der sequestrierten Waren verbunden waren, durchzuführen.

— Der „Kuryer Lwowski" berichtet aus Stanislau, dass die Bahnarbeiter des Stanislauer Eisenbahnkreises Protest erhoben hätten gegen die Wiedereinstellung der jüd. Eisenbahner, die zur Invasionszeit der ukrainischen Regierung den Diensteid geleistet hatten. Die Eisenbahner drohen mit Arbeitseinstellung falls ihre Forderungen unberücksichtigt bleiben sollten.

Warschau. Die mit der Untersuchung der Zustände in den Interniertenlagern beauftragte Kommission hat bereits Warschau verlassen, und es ist zu hoffen, dass ein Grossteil der Internierten in allernächster Zeit freigelassen werden wird. In Dombie sind bereits einige hundert Internierte, darunter über 40 Juden, befreit worden.

— Dieser Tage haben mehr als 40 angesehene Rabbiner Polens, Litauens und Galiziens einen Aufruf an die gesetzestreuen Juden erlassen, sich Rechenschaft über die großen Aufgaben zugeben, die jetzt bezüglich der Palästinafrage und der Erziehung der Jugend des jüd. Volkes harren. Sie fordern die frommen Juden auf, sich unter der Fahne des Misrachi zu vereinigen und in jeder Weise den Jüd. Nationalfonds zu fördern.

Lemberg. Um eine Aktion zugunsten der jüd. Kriegswaisen Ostgaliziens durchzuführen, haben sich die Frauen Dr. Pomeranz-Melzer und Dr. Flora Rothfeld-Landau am 18. November ins Ausland begeben. Auf ihrer Vortragstournee dürften sie wahrscheinlich auch die grösseren Städte der Schweiz besuchen.

Tschecho-slovakischer Staat.

Minister Srobar zur Judenfrage.

Am 15. November hielt Minister Srobar auf der Versammlung der Zupane und Abgeordneten in Kosice eine Rede, in welcher er über die Judenfrage in der Slowakei folgendes ausführte:

„Die Juden in der Slowakei suchen in der letzten Zeit enge Beziehungen mit den slowakischen Kreisen. Ich glaube, es ist im Interesse der Juden, des Staates und unseres Volkes, daß das Judentum diese Beziehungen auf das intensivste pflege und vom Standpunkt vollkommener Isoliertheit im Staate und Volke ablasse, damit das Misstrauen und die Verdächtigungen vollkommen verschwinden, als Ueberbleibsel vergangener Zeit, und daß das Judentum die Rolle ändere, die es in seiner bisherigen unseligen Stellung innerhalb des slowak. Volkes innehalte. Das Judentum ist verpflichtet, seine Treue und Liebe zu unserem Vaterlande und zu unserer Nation mit Taten zu beweisen und es ist verpflichtet, sich entweder im Kreise der ihm ideell oder wirtschaftlich nächststehenden Parteien, in den staatsbejahenden Parteien seinen Platz zu suchen oder sich eine eigene Partei zu schaffen, deren Tätigkeit jeglichen Verdacht des Unpatriotismus oder staatsfeindlichen Denkens ausschliessen müsste. Auf jüd. Fähigheit, jüd. Unternehmungsgeist und jüd. Kapital kann kein Staat auf die Dauer verzichten, um so weniger ein Staat, der seine Institutionen von Grund auf erst errichtet und dem jeder ehrliche Mitarbeiter ein willkommener Helfer ist".

— Die tschechische Regierung hat den Führer der tschechisch-jüdischen Assimilantenpartei, Dr. Alfred *Fuchs*, zum Mitgliede der tschechischen Propagandakommission für das Abstimungsgebiet Teschen ernannt. Er soll dort die jüd. Bevölkerung für eine Abstimmung zugunsten der Tschechen werben.

— Am 2. Dez. wird in *Bratislava* eine Versammlung der slovakischen Orthodoxie stattfinden, in welcher u. a. über den event. Anschluss der slovakischen Orthodoxie an die Agudah-Organisation, sowie über die Herbeischaffung finanzieller Mittel zur Erhaltung und Förderung der Jeschiboth Beschlüsse gefasst werden sollen. Die Gründung eines Landes-Pensionsfonds für die Gemeinde-Beamten der Orthodoxie ist in Aussicht genommen.

Jugoslavien.

— In *Agram* sind sämtliche Angehörige des deutschen, des österreichischen, des ungarischen, des bulgarischen und des türkischen Staates angewiesen worden, sich auf den Polizeibehörden zu melden. Die meisten haben bereits die Aufforderung erhalten, in vierundzwanzig Stunden die Stadt zu verlassen, doch ist vom Banus diese Frist auf fünf Tage verlängert worden. Besonders hart ist diese plötzliche Ausweisung für viele Juden, die z. T. seit Jahrzenten in Agram ansässig sind, ohne aber bisher die südslawische Staatsangehörigkeit erworben zu haben. Um sich für sie beim Minister des Innern zu verwenden, ist der Vorstand der Isr. Kultusgemeinde nach Belgrad gefahren. Als Grund der Maßregel wird die Wohnungsnot in Agram angegeben.

Rumänien.

Eine wahre Geschichte.

Wie der Pariser Gewährsmann der J.P.Z. berichtet, wurden die Statuten des jüd. Turnvereins „Bar-Kochba" in Bistritz von der Siebenbürgischen Provinzialregierung zurückgewiesen, weil „Bar-Kochba" der Name eines Rebellenführers ist, der gegen die Römer, also gegen die Vorfahren der Rumänen einen Aufstand angezettelt hat.

Ungarn.

Heimbeförderung galizischer Flüchtlinge.

In Ungarn ist seit den jüngsten Wochen die Heimbeförderung jüd. Flüchtlinge nach Galizien im Zuge. Die Pester Isr. Religionsgemeinde, die Autonome Orthodoxe Gemeinde, sowie zahlreiche rein jüd. Vereine und Institutionen bieten den heimbefördernden jüd. Flüchtlingen während ihrer Fahrt zur ungarischen Grenze rituelle Verköstigung. In den letzten Tagen wurden in Budapest 600 Galizianer am Bahnhofe bewirtet und für die Weiterfahrt mit Brot und rituellem Salami versorgt.

Der Landesverband ungarisch-jüdischer Hochschüler hat die nach dem Sturze der Sovietregierung gesperrte

jüd. Mensa academica wieder eröffnet. Die Mitglieder des Verbandes, unter ihnen 1050 gewesene Offiziere und Offiziersaspiranten, haben sich korporativ zum Eintritt in die unter Aufsicht der Ententemissionen stehende Freiwillige Brachialgewalt gemeldet, deren Aufgabe es ist, den behördlichen Organen bei der Aufrechterhaltung der Ordnung in der Hauptstadt behilflich zu sein. Da die Hochschulen noch immer gesperrt sind, veranstaltet der Verband für seine Mitglieder unter Leitung hervorragender Fachkräfte, Studienkurse zur Vorbereitung zu den Ingenieurs- und Mediziner-Rigorosen, sowie Kurse für Kunstgeschichte und Philosophie. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verband der Pflege des jüd. Gefühles, zu welchem Behufe ein eigener Vortragszyklus veranstaltet wird.

(„Jüd. Korr. aus Ungarn".)

— In Budapest ist ein zentrales jüd. Beschaffungsamt ins Leben gerufen worden, das sich die Aufgabe gestellt hat, für die billige Beschaffung ritueller Artikel Sorge zu tragen, die Verköstigung der Gemeindeinstitutionen auf streng ritueller Grundlage zu leiten und die Errichtung einer Studentenmensa für die jüd. Jugend zu fördern.

— Die 133 Tage währende Sovietherrschaft hat die Pester Isr. Gemeinde in einer Weise materiell geschädigt, daß es ungeheurer Anspornung bedürfen wird, ihre Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Die Gemeinde strebt deshalb eine Reorganisation ihres bisherigen Besteuerungssystemes an, das sich auch früher schon als unzulänglich erwiesen hat. Sie will auf das Gebiet der Selbstbemessung der Steuern übergehen, d. h., es jedem Mitgliede anheim stellen, im Bewußtsein seiner Pflichten als Jude, selber die Höhe der Beiträge zu bestimmen, die es für die Gemeinde leisten will. Daneben soll eine Dezentralisierung der Gemeindeagenten durch den Ausbau des Bezirkssystemes und die Schaffung von Bezirksausschüssen erfolgen.

Deutsch-Oesterreich.

Das Wiener Palästinaamt wird in der Woche vom 9. bis 14. Dezember eine Palästinawoche in Wien veranstalten, welche durch Heranziehung autoritativer Personen in Palästinafragen erhöhte Bedeutung zu erhalten verspricht. Das Programm wird demnächst bekannt gegeben.

— Wie die „Jüdische Presszentrale Zürich" erfährt, gelangt demnächst im Deutschen Volkstheater in Wien ein Schauspiel „Der Renegat" von Oskar *Bendiner*, dem erfolgreichen Verfasser der „Strecke", zur Aufführung. Das Stück behandelt die Zurückweisung jüdischer Zuzügler an der Grenze seitens der staatlichen Behörden und die daraus resultierende Regierungs- und Palamentskrise und dürfte angesichts der jetzt so akuten Flüchtlingsfrage in Wien besonders aktuell wirken. Nach dem uns vorliegendenden Manuskripte, enthält das Stück zahlreiche überaus spannende und effektvolle Szenen, die direkt der Wirklichkeit entnommen zu sein scheinen.

Deutschland.

Der Verband der deutschen Juden hat sich entschließen müssen, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verkehrsschwierigkeiten seine für den 30. dieses Monats in Aussicht genommene Hauptversammlung bis auf weiteres zu vertagen.

— Zur Einleitung der Arbeit für den Palästina-Aufbaufond (Palestine Restoration Fund) haben die deutschen Zionisten beschlossen, zwei Palästina-Wochen zu veranstalten, von den die erste als Vorwoche vom 15—23. Dezember, die zweite als Hauptwoche vom 17.—25. Januar abgehalten werden wird.

— Die seit einiger Zeit in Wien bestehende jüd. palästin. Reise und Transportgesellschaft m. b. H. hat jetzt in Berlin unter der Leitung des Herrn Paul P. Lindenberg, Berlin S. W. 61, Blücherstr. 23, der bereits seit längerer Zeit verkehrstechnisch tätig ist, eine Zweigstelle für Deutschland eingerichtet, die Hand in Hand mit dem Berliner Palästina-Amt arbeitet und alle transporttechnischen Fragen der Uebersiedlung erledigt. Alle diesbezüglichen Anfragen sind an obige Adresse zu richten.

— Der bekannte hebr. Schriftsteller und Talmudforscher Dr. Ch. *Tschernowitz* feierte Rosch Chaudesch Kislew seinen fünfzigsten Geburtstag. Dr. Tschernowitz hat sich durch wissenschaftliese Erforschung des Talmuds, des jüd. Rechts und der Geschichte der halachischen Tradition sehr bedeutende Verdienste erworben. Er hat auch die erste moderne Jeschiwah in Odessa gegründet. In der Schweiz hat er an einer populären Talmudausgabe gearbeitet, die vor kurzem erschienen ist. Dr. Tschernowitz weilt gegenwärtig in Berlin, wo er mit der Abfassung eines größeren Werkes beschäftigt ist.

Italien.

Triest. Q. Das am 18. Nov. nach Palästina abgegangene Schiff führte wiederum 27 Chaluzim verschiedenen Alters an Bord.

Die hiesige zion. Ortsgruppe plant den Ankauf eines Hauses und die Errichtung einer jüd. Küche und Herberge für die durchreisenden Chaluzim.

England.

Misrachi-Weltkonferenz.

Am 23. Dez. wird in London eine allweltliche Misrachi-Konferenz abgehalten werden, für die bereits alle notwendigen Vorbereitungen getroffen sind. Es werden Delegierte aus Deutschland, Oesterreich, Polen, Litauen, Belgien, Skandinavien, den Vereinigten Staaten, Südamerika, Australien, Aegypten, Saloniki und Palästina erwartet (Wie es scheint wurde die für den 23. Nov. einberufene Misrachi-Konferenz [s. J. P. Z. No. 67], auf Ersuchen der palästinensischen Delegierten, auf den 23. Dez. verschoben).

— Bei Behandlung der russischen Frage im engl. Unterhause, gelegentlich welcher Lloyd Georges erklärte, dass Koltschak und Denikin nicht nur die Bolschewisten bekämpfen, sondern auch gegen die neu geschaffenen Randstaaten seien und wieder ein grossrussisches Reich aufrichten wollen, wobei es fraglich sei, ob dies mit den Interessen Englands im Einklange stehe, äusserte sich der unlängst von einer Studienreise aus Russland zurückgekehrte Abg. Colonel *Malone*, in einer längeren Rede, folgendermassen über die Judenfrage: Ich möchte meine Ausführungen vom letzten Donnerstag über den Zusammenhang der Judenfrage und der Lage in Russland noch erweitern. Es ist sehr delikat die Judenfrage im Parlament zu behandeln. Man wird da allzuleicht als Antisemit bezeichnet. Ich bin ein Judenfreund und Zionistenfreund und überlasse das antisemitische Geplapper der Presse, die sich besonders darin spezialisiert. Ich glaube, dass in der Lösung der zion. Frage auch die Lösung der russischen

Frage liegt. Wir wollen das von zwei Standpunkten aus analysieren. Erstens hat man es mit einer grossen mächtigen Rasse zu tun, die über die ganze Welt verbreitet ist, ohne Heim und ohne eingewurzelte Interessen ausser den finanziellen. Ich will absolut keinerlei Schatten werfen auf eine Rasse, die solche historische Verbindungen besitzt. Aber wenn jemand den Vater in Berlin, einen Onkel in Wien, einen Neffen in Paris und einen Cousin in New-York hat, und wenn alle eine Anzahl internationaler Wertpapiere besitzen, wie kann man da etwas anderes erwarten, als internationale Intrigen. Selbst an der Friedenskonferenz waren, wie ich glaube, zwei Brüder und zwar jeder in einem andern Lager tätig. Dies ist der Rassenstandpunkt Was den territorialen Standpunkt anbelangt, so glaube ich, dass die Lösung des Weltfriedens-Problems in Palästina beginnt. Diese Frage ist seit 15 Monaten ungelöst. Lösen wir die Palästinafrage und die Frage der angrenzenden Länder, Syrien und Armenien, und wir werden die Territorien von Mesopotamien geschützt und die türkische Frage gelöst haben.

— Dr. Sch. *Levin* hat einen Brief von *Emir Feysul* erhalten, in dem derselbe sein Bedauern darüber ausspricht, daß er nicht an der Deklarations-Feier vom 2. Nov. teilnehmen konnte. Zum Schluß führt er aus: Er hoffe, daß das arabische und jüdische Volk gemeinsam an der Wiederbelebung des Ostens arbeiten werden.

London. Am 17. Nov. hat Abg. Rabbiner *Perlmutter* nach mehrwöchentlichem Aufenthalt London verlassen, um nach Polen zurückzukehren.

— Auf einem Massenmeeting in Manchester verpflichteten sich die jüd. Arbeiter des Schneidergewerbes alle Kleider für die armen jüd. Kriegsopfer in Polen unentgeltlich anzufertigen, falls ihnen die Meister die Werkstätten zur freien Verfügung stellen.

— In London beabsichtigt ein Komitee, das von Major *Lionel Rothschild* präsidiert wird, ein Institut zur Erinnerung an die jüd. Kriegsopfer zu errichten. Vorerst soll zu diesem Zweck eine Million Pfund gesammelt werden.

George Eliots hundertster Geburtsag.

Am 22. Nov, jährte sich der hundertste Geburtstag von *George Eliot*, die eine der bedeutendsten Romanschriftstellerinnen Englands war. Sie hatte stets reges Interesse für das jüd. Problem empfunden, beschäftigte sich viel mit jüdischer Geschichte und Literatur, hatte die hebräische Sprache erlernt und soll auch den Talmud gekannt haben. Das Martyrium des alten Judentums begeisterte sie zu dem 1876 erschienenen Roman *Daniel Deronda*. In ihrem Aufsatze „Die Juden und ihre Gegner" trat sie als eine der ersten mit Wärme für die national-jüdische Idee ein.

Dänemark.

Ende Okt. wurde in den literarischen Kreisen Dänemarks der hundertste Geburtstag des jüdisch-dänischen Dichters, A. M. *Goldschmidt* gefeiert. Alle dänischen Zeitungen, vom offiziellen Regierungsorgan „Politiken" bis zu den kleinsten Tageszeitungen Dänemarks brachten grössere Artikel, in denen sie die Bedeutung des jüdisch-dänischen Dichters Goldschmidt schilderten. Seine Verehrer beschlossen, ihm auf einem der schönsten Plätze Kopenhagens ein Denkmal zu setzen; ein dänischer Bildhauer hat es übernommen den Entwurf für dieses Denkmal auszuarbeiten.

(„Haolam").

Türkei.

Zion. Informationsbüro in Konstantinopel.

Zur Erleichterung der gegenwärtig so schwierigen Verbindungen zwischen Europa, Palästina und Südrußland wurde in Konstantinopel ein Informationsbüro der zion. Organisation errichtet, das unter Leitung des Herrn Dr. *Caleb* steht. An der Gründung haben Vertreter der zion. Organisation im Orient, ein Vertreter des Zentralkomitees der russ. Zionisten, Vertreter des „Hechaluz" und der zion. demokr. Fraktion „Zeire Zion" teilgenommen.

Amerika.

— In Amerika werden große Vorbereitungen getroffen, für die hebräische Woche während der Chanukkahtage zugunsten der hebräischen Sprache und der nationaljüdischen Erziehung. Die hebräischen Organisationen entfalten im ganzen Land eine starke Tätigkeit, um bedeutende Geldsummen für den hebräischen Kulturfonds zu sammeln.

— In New-York wird ein Fonds von 25.000 Dollars für ein jüd. Volkstheater gesammelt. Die neugegründete „Freie jüd. Volksbühne" und andere Theater geben Benefizvorstellungen zugunsten dieses Fonds.

Algerien.

Die Juden von Algerien haben ein goldenes Buch mit einem Verzeichnis aller im Kriege gefallenen Juden herausgegeben. Von den 50.000 Juden Algeriens sind 2000, also 4%, gefallen, während der Prozentsatz in der ganzen franz. Armee auf 2,86 berechnet wurde. Nach Abzug der Kolonial-Truppen soll der Verlust der städtischen Bevölkerung sogar nur gegen 2% betragen. Der Abgeordnete Gustav Rouné schrieb über dieses Buch einen Artikel, in dem er die Frage stellt, ob die Administration und die Regierung auch weiterhin den Antisemitismus in Algerien begünstigen und auch die Menschen- und Bürgerrechte der franz. Juden verletzen wollen, deren Mut und Vaterlandstreue durch obige Ziffern so gut illustriert werden!

Südafrika.

— In *Kimberley* wurde auf einer Versammlung der „Griqualand West Hebrew Congregation", an der auch die „Chewra Kadischah" und die jüd. philantropische Gesellschaft „Helping Hand" teilnahmen, folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Gemeinde spricht ihre vollständige Sympathie mit der Bewegung aus, die die Wiederherstellung Palästinas als Heim des jüd. Volkes anstrebt. Die Kongregation und verwandte Gesellschaften erkennen einstimmig das Basler Programm an und beschliessen sich der südafrikanischen zion. Federation anzuschliessen.

Syrien.

— „Palestine" vom 15. Nov. veröffentlicht einen Brief aus Damaskus, der den günstigen Einfluß schildert, den die s. Zt. von den Türken aus Palästina vertriebenen Juden auf die dortige jüd. Gemeinde ausgeübt haben. Das Hebräische trug viel zur Verständigung und Annäherung zwischen den Ansässigen und Eingewanderten bei. Die Eingewanderten veranlaßten die Juden von Damaskus, Schulen zu gründen, und organisierten einen Gemeinderat, der die Juden vor den Behörden vertreten und deren Interessen wahren soll. Diese organisatorische Tätigkeit ist nicht unfruchtbar

geblieben, indem die Vertreter der Juden von Damaskus der amerikanischen Friedenskommission gegenüber, fest und mutig die Sache eines jüdischen Palästina vertraten, deren Beispiel auch die Vertreter von Aleppo folgten. An dem Zentrum, Palästina, läge es jetzt die Kräfte der Gemeinden des Orients in der Anstrebung eines jüd. Palästina zu einen.

— Laut telegraphischem Bericht aus Chodidja (Jemen) an den „Duar Hayom", hat der Iman Ichja einen Aufruf an sein Volk erlassen, sich den Juden gegenüber freundlich zu verhalten. Wie bekannt, haben die Juden von Jemen in Palästina sich unlängst an die zion. Organisation gewandt, mit der Bitte bei der engl. Regierung zugunsten der Juden in Jemen zu intervenieren, da diese in letzter Zeit vielfachen Leiden ausgesetzt seien.

Palästina.

Die Kriminalstatistik.

Das Fehlen jüdischer Verbrecher unter türkischer Herrschaft war ein charakteristisches Merkmal in Palästina, und es ist interessant zu beobachten, daß der gute Ruf der Juden als gesetzestreue und ehrliche Einwohner aufrechterhalten bleibt. Die offizielle Kriminalstatistik für die Monate April, Mai und Juni dieses Jahres bringt keinen jüd. Namen, obgleich das betr. Gebiet alle jüd. Zentren einschließt.

— Die Ueberführung des bisher vorhandenen jüd. Verwaltungsapparates von Jaffa nach Jerusalem, die in diesen Tagen vollzogen wird, bedingt die Uebersiedelung einer größeren Anzahl von Beamtenfamilien nach der Hauptstadt, und da die Wohnungsnot auch in Jerusalem sehr groß ist, hat das zion. Zentralkomitee beschlossen, Maßnahmen zu treffen, um den Bau von 500 modernen Häusern mit vollständig europäischer Inneneinrichtung in allernächster Zeit zu ermöglichen. Es wird ein neues Viertel entstehen, das sich zwischen dem Skopus und Oelberg, in der Umgebung der zu erbauenden Universität erstrecken und den Kern zum neuen Jerusalem bilden soll.

Tram in Jerusalem.

Da die Tramfrage sehr akut ist, erwartet man für die allernächste Zeit, sobald die Materialien herbeigeschaft werden können, den Ausbau eines elektrischen Tramnetzes in und um Jerusalem.

— Prof. *Geddes*, den die Zionistische Palästina-Kommission als Sachverständigen für das Bauwesen nach Palästina berufen hat, ist nach mehrwöchigem Aufenthalt im Lande nach Indien abgereist.

— In Palästina hat sich eine jüd. Gesellschaft gebildet zur Errichtung von Bahnhof-Restaurants und Hotels, in denen streng rituell (koscher) zubereitete Speisen serviert werden. In *Lud*, dem Hauptknotenpunkt Palästinas, ist von dieser Gesellschaft ein solches Restaurant bereits eröffnet worden; demnächst soll dort auch ein Bahnhof-Hotel errichtet werden.

— Am 5. Nov. tagte in Jaffa eine Aerzte-Konferenz, an der die Aerzte von ganz Palästina, über 40 an der Zahl, teilgenommen haben. Die Hauptaufgabe der Konferenz war, die Aerzte des Landes in einem Verband zu vereinigen, um so den schlechten sanitären Verhältnissen abzuhelfen. U. a. ist beschlossen worden, den Aerzte-Dienst zu nationalisieren; es wurde eine spezielle Kommission gewählt, diesen Beschluss zu verwirklichen.

— Frl. Dr. Mina *Weizmann*, die Schwester von Prof. Weizmann, ist in Jerusalem in die „Hadassa", den jüd.-amerikanischen Aerzte-Dienst für Palästina, als Frauen-Aerztin eingetreten.

— In sämtlichen Postämtern Palästinas liegen seit kurzem in drei Sprachen (englisch, arabisch und hebräisch) gedruckte Telegramm- u. Postformulare auf.

— Es ist beschlossen worden, nunmehr auch in Jerusalem ein Friedensgericht (Mischpath Haschalom) zu begründen.

— Der Verband der Thora-Schreiber in Jerusalem beabsichtigt demnächst eine Pergamentfabrik zu gründen. Durch die Errichtung dieser Fabrik wird eine größere Anzahl Arbeiter Beschäftigung finden und genügend Pergament an die Schreiber der Thora-Rollen, deren Zahl sich in Jerusalem auf mehrere Hundert beläuft, geliefert werden können.

— Aus einem nach Odessa gerichteten Briefe Ussischkins geht hervor, daß Dr. Klausner als einer der Direktoren, eines großen hebr. Bücherverlages in Palästina in Aussicht genommen sei. (Judiszes Folk)

Presse- und Verlags-Notizen.

Hadshoth-Haaretz.

Von der in Jerusalem erscheinenden Tageszeitung „Hadshoth-Haaretz" liegen uns bereits 120 Nummern vor. Diese gutgeleitete Zeitung, in deren Redaktionskollegium kürzlich auch Wladimir (Sew) *Jabotinsky* eingetreren ist, entwickelt sich aufsteigend und der Bezug derselben kann nur empfohlen werden. Abonnementspreis fürs Ausland: 4 Pfund pro Jahr, viertelj. 1 Pfd. Adresse: Hadshoth-Haaretz, Jerusalem.

— Im Dezember beginnt in Paris eine neue jüd. Wochenschrift zu erscheinen, die den Fragen des russischen Judentums gewidmet ist. Die Redaktion setzt sich zusammen, aus *Winawer*, M. L. *Goldstein* und R. *Blanc*.

— Der Tarbuth gibt in Odessa eine hebräische Wochenschrift „Barkoi" heraus.

— In Grodno erscheint seit Anfang November eine jiddische Tageszeitung „Der naie Morgen".

— Aus Geldmangel und wegen Zensurschwierigkeiten ist das bundistische Organ „Unser Zeit" in Riga zeitweilig eingestellt worden.

— Die jüdische Jugendzeitschrift „Bar-Kochba" gibt zu Chanukkah unter dem Titel „Al hanissim" eine Sondernummer heraus, die in besonders geschmackvoller Ausstattung eine grosse Anzahl Bilder und textlicher Beiträge vereinigt, in deren Mittelpunkt das Chanukkahereignis steht. Diese Chanukkaausgabe ist ab 1. Dezember durch alle großen Buchhandlungen und durch den Welt-Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 35 zum Preise von M. 2 zu beziehen.

— Sowohl die Londoner „Jewish Times" als auch der New-Yorker „Day and Warheit" begannen dieser Tage mit der Veröffentlichung der Memoiren von Mendel Beilis.

— Von Dr. *Georg Hirsch* in Halberstadt erschien eine Flugschrift über „Antisemitismus-Ursachen-Ziele."

— Von Dr. Chaim *Schitlowskis* gesammelten Werken sind der 8., 9. und 10. Band erschienen.

— Die „Deutsche Bergwerkszeitung", führendes Tagesorgan der deutschen Schwerindustrie, brachte vor kurzem einen ausführlichen Artikel über die jiddische Sprache, in welchem nach Wiedergabe verschiedener Literatur- und Illustrationsproben auf die für den deutschen Kaufmann vorliegende Notwendigkeit hingewiesen wird, sich mit dem Anzeigewesen des jüd. Ostens eindringlich zu befassen. Die so leicht zu erwerbende Kenntnis der jüd. Schriftzeichen und damit der jiddischen Sprache hätte s. Zt. den deutschen Soldaten ganz andere Einblicke in das Leben und Treiben der Ostjuden vermitteln können, als dies leider tatsächlich der Fall gewesen ist.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich